

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Benloewwall 9.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 3sp. Zeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln 1.

Wer macht den Anfang?

So heißt es am Schlusse des Artikels „Verbandsorgan“ in Nr. 12 der „Graphischen Stimmen“ und gleichsam erlöset der Ruf:

Mehr Mitarbeiter!

die sich in den Dienst unserer Sache stellen. Zwar ist es nicht jedem von uns gegeben, sich schriftstellerisch zu betätigen; trotzdem sollte man es einmal versuchen, seine Gedanken in Worte zu kleiden, um dieselben dann schriftlich niederlegen zu können. Es ist kein Meister vom Himmel gefallen, es will alles erlernt sein.

In erster Linie aber sollen wir immer wieder die **Kleinarbeit**

in Angriff nehmen und durchführen, die fast ein jeder zu leisten vermag, sofern er Mut und Freudigkeit dazu besitzt.

Unsere christlich nationale Gewerkschaftsbewegung hätte sicher nicht den Erfolg den sie hat, wenn nicht arbeitsfreudige Kollegen aus kleinen Anfängen durch praktische Erfahrungen hindurch zu Trägern unserer Gesamtbewegung sich heraus entwickelt hätten. Nun ist es klar, daß man mit einem überhäufenden Idealismus und Arbeitseifer manchmal das Gegenteil bewirkt, z. B. hat es auf mich einen gar kläglichen Eindruck gemacht, als in einer Versämlungsversammlung ein Berliner roter Agitator einfach die Frage an mich richtete: „Sie treten doch zum Buchbinder-Verband über“, ohne mich davon zu überzeugen, daß sein Verband der richtige sei.

Wer kann Kleinarbeit mit Erfolg durchführen? Nur der, der sein Verbandsorgan von A bis Z durchliest und fleißig studiert, um zu wissen, wie es in seinem Verbandsausicht und die Versammlungen regelmäßig und pünktlich besucht und in denselben sich gelegentlich an der Diskussion beteiligt. (Unter Diskussion verhehe ich natürlich nicht nur nörgeln und kritisieren, sondern sachbare Wege angeben.) Das sind Vorbedingungen, die man eigentlich für selbstverständlich hält, leider aber auch von solchen nicht beachtet werden, die irgend ein Amt übernommen haben. Ferner kommt man oft mit Mitgliedern und Unorganisierten oder auch Andersorganisierten in Berührung, die man niemals oder selten in Versammlungen zu Gesicht bekommt; diesen gegenüber muß der Agitator eine gewisse

Zurechtigkeit und Schlagfertigkeit besitzen. Auf diese kann er einwirken, sie belehren, aufklären, Borurteile beseitigen. Er ist in der Lage, in den entgegenstehenden Winkel der Wahrheit und der Gerechtigkeit hinein zu leuchten. Außerdem ist er der legitime Anwalt seiner Organisation, die er gegen alle Angriffe von gegnerischer Seite zu verteidigen hat. Sich hierzu ein erforderliches Maß von Kenntnissen anzueignen, mühte Aufgabe eines jeden Kollegen sein.

Daß man bei der Werbearbeit sich in Kollegialen, würdigen Umgangsformen zu bewegen hat, braucht wohl nicht erörtert zu werden. Grobheit und ungeschickte Manieren sind ebenso zu vermeiden, wie übertriebene Höflichkeit. Wesen und Charakter einer Organisation wird vielfach nach dem Auftreten ihrer Vertreter beurteilt. Das geschieht besonders in den Arbeiterfamilien, wo die Vertrauensleute ein- und ausgehen. Hier wie im allgemeinen gilt es die Würde, das Ansehen unserer Organisation zu wahren. Durch unser freundliches Benehmen können wir viel eher andere zu uns bringen, als wenn wir durch ungehobelteten Wesen abstoßend wirken. Ein jeder beugt sich stets der größten Mühe und Sachlichkeit. Nun passiert es ja gar zu oft, daß man trotz tadellosen Benehmens dennoch grob angefahren wird. Das tut aber nichts.

So mancher Kollege hat nach kurzer Übung seiner agitatorischen Tätigkeit die Finte ins Korn geworfen, um sich damit nicht mehr herum zu ärgern, da er doch gar keinen oder nur geringen Erfolg zu verzeichnen hatte. Vielleicht hatte er sich mehr davon versprochen und nun ist sein Ruhm zu Ende. Auch hierin heißt es:

Selbstlosigkeit und Ausdauer in der Gewerkschaftsarbeit.

Das Interesse der Berufskollegen, die Pflicht, für die allgemeinen Bestrebungen seines Standes zu arbeiten, sind dem richtigen Mitarbeiter die Motive seiner Arbeit; trotz Mühe, Verger und Unabund lüchziger Elemente, die nicht insjandere sein werden, einen vollwertigen Mitarbeiter müde und mürrisch zu machen.

Ein weiterer wunder Punkt ist die Fluktuation in unseren Verbänden. Woher kommt sie? Nicht etwa allein durch das Fort- und Hinzuziehen von Kollegen, sondern weil nicht genügend auf

Erduungsinn und Pünktlichkeit gehalten wird. Was soll man erst von den Mitgliedern erwarten, wenn selbst unter den Vertrauensleuten, beim Kassierer usw. eine Summelei eingerissen ist. Manche Mitglieder sind uns schon verloren gegangen, weil man von ihnen nicht jede Woche die Beiträge pünktlich und regelmäßig einliefert hat. Ebenfalls geht auch das Interesse dieser Mitglieder verloren, wenn die Versammlungen nicht ordnungsgemäß und pünktlich angefangen werden.

Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit muß jedem Mitarbeiter in Fleisch und Blut übergegangen sein. Sämtliche übernommenen Arbeiten muß er mit der größten Gewissenhaftigkeit ausführen.

Das sind die Haupteigenschaften, die bei einem praktisch mitarbeitenden Gewerkschaftler vorhanden sein müssen. Sucht ein jeder christliche Gewerkschaftler dieselben durch Schulung und systematische Erziehung zu erlangen, dann haben wir das, was unser Verband gebraucht: Kollegen, die durchdrungen sind vom echten Idealismus, die ein starkes Interesse an dem inneren und äußeren Aufbau unserer Organisation haben. Solche Mitglieder überlassen die Arbeit nicht nur den Vorstehenden, sondern treten selber vor die Front.

Welche Bewegung hätte diese lebendige Mitarbeit ihrer Glieder notwendiger, wie unsere Bruffsorganisation, die Verge von Hindernissen zu überwinden, mächtige Gegner abzuwehren hat. Wir können vorwärts kommen, wenn wir in genügender Zahl ausgerüstet mit den Heilmitteln unserer Bewegung, in den Kampf für unsere Sache eintreten. Um die Zukunft braucht uns dann nicht bange zu sein. Darum Kollegen, arbeitet recht eifrig mit für die Eritartung unseres Graphischen Zentralverbandes.
P. W., Berlin.

Nachwort der Redaktion: Die Ausführungen des Kollegen P. W. sind gewiß sehr beherzigenswert. Unser Wunsch bezüglich der Mitarbeit am Verbandsorgan sollte aber in erster Linie bezwecken, tüchtige Kollegen zur Einfindung sachlicher Artikel oder solcher Mitteilungen zu veranlassen, die geeignet sind, der Gesamtkollegenchaft ein Bild von den Verhältnissen in den einzelnen Werkstätten oder an den einzelnen Orten zu übermitteln. Diesbezügliche Mitarbeit würde sicherlich den Wert des Verbandsorgans noch erheblich steigern. Wir fragen nochmal: Wer macht den Anfang?

Die Gemeinnützigkeit der Deutschen Volksversicherung A.-G.

Unter dieser Ueberschrift bringt die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressen einen tendenziösen Verdächtigungsartikel gegen die deutsche Volksversicherung A.-G., der vor allen Dingen dartun soll, daß die DVV keine gemeinnützige Versicherung sei. Ohne auf das zum Teil recht alberne und bemerksame Geschwafel der „Genossen“ besonders einzugehen, seien im Nachfolgenden einige konkrete Feststellungen über die wirtliche Gemeinnützigkeit der DVV gemacht:

1. Der Organisationsfonds von 1 Million Mark, den die beteiligten Versicherungsgesellschaften zur Organisation der DVV vorstrecken, wird nicht veräinzt.

2. Die 2 Millionen Mark Grundkapital dürfen den Aktienbesitzern sahrungsgemäß unter keinen Um-

ständen mehr als 4 Prozent Dividende bringen.

Zu Wirklichkeit bedeutet übrigens auch die Zahlung dieser geringen Dividende gar keine Belastung, sondern eher eine Erhöhung des jährlichen Reingewinnes für die Versicherten, weil das Grundkapital natürlich gewinnbringend angelegt ist und die Zinsen allein schon den Satz von 4 Prozent bedeutend (um mehr als um 1 1/2 Prozent) übersteigen.

3. Von dem Jahresgewinn sind laut Bestimmung mindestens 80 Prozent an die Versicherten zu überweisen. Bis zu 10 Prozent des Restes sollen als außerordentliche Rücklage für den Fall eines Krieges angesammelt und verwendet werden, da die DVV, extra Kriegsprämien nicht vorsieht. Erst aus dem dann noch verbleibenden 10 Prozent Rest soll den Zahabern des Grundkapitals eine 4 Prozent Dividende und die langsame Milderung des zinslosen Organisationsfonds ausgezahlt werden.

4. Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrates und des Vorstandes findet trotz der gegenteiligen Behauptungen der Sozialdemokratie nicht statt. Der Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Graf v. Posaadovsky-Wehner ist, übt sein Amt unentgeltlich. Selbstverständlich erhält der Vorsitzende der DVV, eine feiner Vorbildung, seinem Range und seiner Arbeitslast entsprechende Honorierung. Diese Honorierung ist keineswegs eine Exorbitanz, wie die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie ihren Anhängern glauben machen will, sondern eine den Verhältnissen durchaus entsprechende. Der geschäftsführende Vorstand der roten „Volkssicherung“, der aufscheinend den giftigen Artikel gegen die DVV in den sozialdemokratischen Blättern losläßt, wird wohl auch nicht vom Winde leben, sondern seine Tätigkeit für die sozialdemokratische Sache ganz gut bezahlt erhalten.

Gegen die niederträchtigen Verdächtigungen der christlich-nationalen und sonstigen Arbeiterführer seitens der sozialdemokratischen Presse, als ob diese von der DVV Geld erhielten für die Mitwirkung ihrer Organisationen an der DVV, lohnt es sich nicht, zu polemisieren. So etwas hängt man nur niedriger. Uebrigens fällt einem dabei unwillkürlich das Sprüchwort ein: „Man sucht seinen hinter der Hede, wenn man nicht selbst schon dahinter gelegen hat.“

5. Die Versicherungsbedingungen der DVV sind den Versicherten so weit entgegenkommend, daß keine zweite Volksversicherung derartige Vorteile bieten kann. Es werden keine Zuschlagsbeiträge für Frauenversicherung, Berufsveränderung und bei Weltreisen erhoben. Zur Einlösung der Versicherungsscheine besteht keinerlei Verpflichtung. Keine ärztliche Untersuchung. Unanfechtbarkeit der Police schon nach 2 Jahren, wenn nicht arglistige Täuschung vorliegt. Für jede Beitragszahlung ist eine Frist von 2 Monaten gewährt. Die Beiträge können bis zu 2 Jahren gestundet werden, sofern die Prämienreserve dem Versicherer ausreichende Deckung bietet. Während der Stundung bleibt die Versicherung in voller Höhe bestehen. Die Beitragszahlung kann demnach ohne Nachzahlung der Rückstände wieder aufgenommen werden. Die Unverfallbarkeit der Police ist weitgehendst gewährleistet. Wird der Beitrag in den 2 Monaten oder noch länger gemäßen Frist nicht gezahlt, so wird die Versicherung unter entsprechender Verabreichung der Versicherungssumme in eine beitragsfreie Versicherung umgewandelt, ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf. Sind die bisherigen Beiträge unter 10 Mark geblieben, so erfolgt die Auszahlung der bedingungsgemäßen Rückvergütung sofort in bar. Die beitragsfreien Versicherungen können jederzeit auf Wunsch wieder in der alten Höhe ohne Nachzahlung der Rückstände innerhalb Jahresfrist hergestellt werden. Der Versicherte kann die Versicherung jederzeit kündigen und erhält alsdann die angesammelte Prämienreserve nebst Gewinnanteilen unter Abzug von 2 Prozent der ursprünglichen Versicherungssumme bar zurückgezahlt.

Gelesene Verbandszeitungen gibt man an Unorganisierte weiter!

Die volle Versicherungssumme wird beim Tode schon nach einem Jahre, beim Tode durch Unfall sofort bar ohne Abzug ausgezahlt. Beim Tode infolge bestimmter Infektionskrankheiten wird die Barzeile auf 3 Monate abgezinst. Nach dem Tode wird kein Beitrag von der Versicherungssumme abgezogen.

Die Dividendensumme wird an die Versicherten mit 2 1/2 Proz. Zinseszins und mit der Versicherungssumme, oder bei Kündigung der Versicherung mit der Rückvergütung zusammen ausgezahlt. Und endlich wird aus den Streifen der Versicherten zur Prüfung und Verteilung etwaiger Streitigkeiten ein Schlichtungsausschuss gewählt. Ueberhaupt sind die Versicherten selbst sowohl im Aufsichtsrat wie auch im Beirat, der fernwegs defekative Bedeutung hat, in hohem Maße vertreten. Den Einfluß auch auf die Generalversammlung erreichen die Arbeiterorganisationen durch den Erwerb von Aktien, womit sie sich das Stimmrecht sichern.

Man kann es den Mitgliedern der roten „Volksfürsorge“ also lebhaft wünschen, daß sie einer solchen leistungsfähigen und sozialen Manufaktur, wie es die DVAO ist, zornbenannt gegenüber stehen. Sie wissen sich nicht anders als durch gemeine Verdächtigungen zu helfen. Die rote „Volksfürsorge“ leidet nämlich nicht das, was die DVAO bietet. Nicht nur, daß die Höhe der Entsummen der roten „Volksfürsorge“ bedeutend niedriger ist als die der DVAO, bietet die letztere auch sonst noch in mancherlei Hinsicht mehr; z. B. bei der Rückvergütung zieht die „Volksfürsorge“ ein Fünftel der Versicherungssumme ab, während die DVAO nur 2 Proz. als Kostenentschädigung zurückbehält. Die Bedingungen, unter welchen die Leistungen der DVAO, nach § 13 der Versicherungsbedingungen gewährt werden, sind bei keiner Volksversicherung, auch nicht bei der roten „Volksfürsorge“ so günstig wie bei der DVAO. Dasselbe trifft zu auf die Leistungen, die trotz gehobener Beiträge gewährt werden. Die rote „Volksfürsorge“ zieht auch beim Eintritt des Versicherungsfalles z. B. beim Tode, die Beiträge für den betreffenden Zeitraum nach ein, das tut die DVAO nicht.

Die rote „Volksfürsorge“, deren Traktat über die „Demokratie“ stets im Munde führen, kennt auch keinen aus Versicherten gebildeten Schlichtungsausschuss, der bei Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Versicherten entscheidet. Wenn nun die Sozialdemokraten zum Schluß der DVAO, ein so unruhiges Ende wie das der Vereinswiederstand in Düsseldorf prophezeit, so ist wohl hier der fromme Wunsch der Vater des Gedankens. Die Genossen wissen, daß für sie nur die DVAO, als ernsthafte Konkurrenz auf die Dauer in Frage kommt. Die DVAO wird getragen und propagiert von fast allen großen nationalen Arbeiter-, Handwerker-, Bauern- und Bauern-Organisationen, die sich die Sache dieser Volksversicherung zur eigenen gemacht haben. Darin liegt die bestimmte Gewähr des Erfolges. Daher die Verleumdungspotenz der Sozialdemokraten, die für ihre „Volksfürsorge“ in nationalen Kreisen die Rolle wegschwimmen sehen.

Schaunmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 31. Wochenbeitrag pro 1913 fällig.

Abrechnungen und Gelder für das 2. Quartal sind weiter eingegangen von Schwelm, Gütersloh, Hermen, Oberfeld, Duisburg, Würzburg, Brandenburg, Düren, Frankfurt, Leipzig, Kaugen, Düsseldorf, Berlin, Straubing, Essen, München, Wolfstich, Hamburg, Dresden, Gabelschwert, A. Gladbach, Kreisach, Goffnungstal, Hagen, Köln und Solingen.

Gesperrt ist die Firma Schlegel u. von der Seyden in Hagen.

Der Zentralvorstand:
F. A. Hornbach.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

II.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaftstheorie, die der Klassenkampftheorie der schismatischen Scharfmacher in nicht nachsicht, behaupten bekanntlich in der Agitation immer wieder, die christlichen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören, dürften den Unternehmern nicht ernstlich „auf den Leib rücken“ und müßten sich mit den Erfolgen zufrieden geben, die ihnen der gute Wille der Unternehmer oder die Gunst der Verhältnisse in den Schoß wirft. Dieser Vorwurf wird in der Hauptsache deswegen erhoben, weil es die christlichen Gewerkschaften ablehnen, die Entscheidung über die Anwendung der Streikwaffe in jeder Situation den radikalen und blindwütigen Elementen der „freien“ Gewerkschaften zu überlassen. Die christlichen Gewerkschaften sind sich jederzeit bewußt, daß ein Streik nur dann Sinn und Zweck hat, wenn auf einem andern Wege eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse oder die Anerkennung des Koalitionsrechtes nicht erzwungen werden kann und wenn alle Begleitumstände einen erfolgreichen Verlauf des Streiks erhoffen lassen. Daß diese Haltung der christlichen Gewerkschaften von fanatisierten Anhänger der Sozialdemokratie als Verstoß auf der guten Sache der Arbeiter angesehen wird, ist

nur ein Beweis für die Richtigkeit unseres nicht von leidenschaftlichen Wutausbrüchen verdunkelten Standpunktes.

Tafel wir auch nicht vor einem Streit zurückzujuden, wenn es das Interesse der Arbeiter erfordert, beweist am besten die nachfolgende Tabelle, die einen Überblick über die im Jahre 1912 von den christlichen Gewerkschaften geführten Vorkämpfungen und Streiks ermöglicht.

Organisation	Angriffstreiks		Abwehrtreiks		Ausfahrungen		Streiks und Ausfahrungen		Angriffstreiks		Abwehrtreiks		Ausfahrungen		Streiks u. Ausfahrungen		Angriffstreiks		Abwehrtreiks		Ausfahrungen		
	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	Mittel	Personen	
Bauarbeiter	131	3.885	65	3.383	387	9	387	9	387	9	387	9	387	9	387	9	387	9	387	9	387	9	
Metallarbeiter	289	13.448	47	1.445	357	24	357	24	357	24	357	24	357	24	357	24	357	24	357	24	357	24	
Textilarbeiter	172	9.419	9	303	10	100	11	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	
Standl., Gemeinbe-, Betriebsarb.	150	10.782	29	679	4	130	11	914	11	914	11	914	11	914	11	914	11	914	11	914	11	914	11
Polgarbeiter	173	4.628	41	669	12	133	7	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	47	
Keram- und Steinarbeiter	56	3.083	12	416	6	106	1	118	1	118	1	118	1	118	1	118	1	118	1	118	1	118	
Beimarbeitern	64	3.898	5	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zahlarbeiter	44	673	3	143	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Lehrerarbeiten	32	1.874	17	296	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schneiber	12	198	2	81	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wäler	22	384	9	81	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gasfahnsongefelle	12	465	1	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Flach- u. Gewandtextilfabrikarb.	19	564	1	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Graphischer Zentralverband	3	92	3	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gärtner	1	184	1	184	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gesamt	1.184	53.023	220	7.309	77	1.846	32	3.180	32	3.180	32	3.180	32	3.180	32	3.180	32	3.180	32	3.180	32	3.180	32

Bemerkenswert ist, daß auch diesmal wieder die Angriffstreiks nicht nur den Vorkämpfungen für sich beanspruchten, sondern sich fast auf genau derselben Zahlhöhe halten, wie in dem Jahre vorher. Bezüglich der anderen Kategorien der Arbeitseinstellung sind einige Veränderungen von Belang eingetreten. Die nachstehende Aufstellung führt am besten in die Einzelheiten ein:

	1911	1912	Personen
Angriffstreiks	247	250	8599
Abwehrtreiks	65	77	1.771
Ausfahrungen	54	32	8.100

Das Anschwellen der Zahl der Abwehrtreiks scheint keine große Bedeutung zu beanspruchen, weil die Zahl der beteiligten Personen ziemlich gefallen ist. Eher dürfte die Gestaltung der Dinge auf dem Gebiete des Ausfahrungenwesens einige Aufmerksamkeit beanspruchen. Hier ist sowohl die Zahl der Fälle, wie auch diejenige der davon betroffenen Personen merklich gefallen. Das dürfte wesentlich damit zusammenhängen, daß die Textilarbeiter im Berichtsjahre von größeren Ausfahrungen, wie sie in den vorausgegangenen Jahren fast regelmäßig zu verzeichnen hatten, verschont geblieben sind. Weitgehende Schlüsse kann man selbstverständlich aus den mitgeteilten Zahlen nicht ziehen, weil von einer bestimmten Tendenz bisher nicht gut geredet werden kann.

Alles in allem genommen ist hinsichtlich des Ausganges der Streiks und Ausfahrungen das Verhältnis gegenüber dem Vorjahre keinen wesentlichen Veränderungen unterworfen gewesen. Wir verweisen auf die nachstehende Gegenüberstellung:

	erfolgreich	teilw. erfolg.	erfolglos
Angriffstreiks	116	108	92
Abwehrtreiks	28	21	23
Ausfahrungen	4	6	40

Noch immer steht bei den Angriffstreiks der Erfolg überwiegend auf Seiten der Arbeiter, bei den Abwehrtreiks und Ausfahrungen dagegen überwiegt der teilweise Erfolg. Jedenfalls haben die christlichen Gewerkschaften keine Ursache, mit ihren Erfolgen in dieser Be-

ziehung unzufrieden zu sein. Ihre Zahlen heben sich meistens vorteilhaft von denjenigen der allgemeinen Streikstatistik ab.

Tarifvertragsabschlüsse fanden 326 im Berichtsjahre statt, gegenüber 367 im Vorjahre. Die Verminderung ist eine selbstverständliche Folge der größeren Zentralisation im Tarifvertragswesen. An die Stelle vieler kleiner Verträge tritt ein oder einzelne größere. Uebrigens beweist die Gesamtzahl der Verträge, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren und die 1284 (gegenüber 1122 im 1911) betrug, daß die Tarifverpflichtung für die christlichen Gewerkschaften trotzdem noch ständig im Steigen begriffen ist.

Daß diese gewerkschaftliche Arbeit ganz erhebliche sichtbare Erfolge neben den vielen anderen, nicht feststellbaren, gezeitigt hat, ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Berufe	Für Mitglieder		Es wurden erzielt		Arbeitszeitverhältnis	
	Mitglieder	pro Woche	pro Woche	pro Woche	pro Woche	pro Woche
Bauarbeiter	2.768	1.2)	7.80	838	11 1/2 - 6	5 Stunden
Metallarbeiter	5.450	0.50	9.00	4.907	11 1/2 - 4 1/2	5 1/2
Textilarbeiter	5.246	1.00	3.00	354	11 1/2 - 5	5
Standl., Gemeinbe-, Betriebsarbeiter	10.017	0.20	3.00	2.885	11 1/2 - 6	6
Polgarbeiter	4.292	0.60	4.30	3.069	11 1/2 - 6	6
Keram- und Steinarbeiter	2.837	0.0	3.00	8	11 1/2 - 5	5
Beimarbeitern	1.721	0.30	4.00	1.35	11 1/2 - 5	5
Zahlarbeiter	5.08	1.00	5.00	49	11 1/2 - 6	6
Lehrerarbeiten	1.883	1.00	2.50	—	11 1/2 - 4	4
Schneiber	1.75	1.00	2.50	—	11 1/2 - 4	4
Wäler	300	1.25	4.00	77	11 1/2 - 4	4
Gasfahnsongefelle	419	1.32	4.80	223	11 1/2 - 4	4
Flach- u. Gewandtextilfabrikarb.	500	1.60	—	—	—	—
Graphischer Zentralverband	—	—	—	—	—	—

1) Kürzungen ergab sich für vier Anzahl Mitglieder eine Arbeitszeitverhältnis um 24 Stunden, indem für eine wöchentliche Anzahl der produktiven, Arbeitszeit ohne Lohnzahlung eingestellt wurde.

In vielen Fällen wurde durch das Eintreten der Organisation eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Auch das ist hoch anzuschlagen.

Was das innere Verbandsleben betrifft, so haben fast alle Verbände in dieser Beziehung bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Davon kann man sich in besonderer Weise ein Bild machen, wenn man beobachtet, wie die Verbandsorgane ausgebaut, wie die Generalversammlungen auf ein immer höheres Niveau gestellt werden. Auch das Beitrags- und Unterstützungswesen wird immer mehr vervollkommen.

Ueber unsere grundsätzliche Stellung zu den verschiedenen Widersachern unserer Bewegung äußert sich das Zentralblatt in folgenden prägnanten Sätzen: „So lange es noch sozialdemokratische Organisationen gibt, die in bestimmten Bezirken und bei den verschiedenen Kämpfen in der Hauptsache darüber nachgrübeln, wie die christlichen Gewerkschaften am wirksamsten geschädigt werden können, ist auch für die Zukunft ein ernstlicher Nebenminder- und besserer zeitweises Mit-einanderarbeiten nicht zu erwarten.“

Bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, bei denen man lediglich und ausschließlich das Ziel verfolgt, in vernünftigem Rahmen für die Arbeiter einen größeren Anteil am Produktionsertrag herauszuholen, haben die christlichen Gewerkschaften sich nie absteigend gestellt. 1910 kämpften die christlichen Bauarbeiter neun Wochen lang Schulter an Schulter mit den übrigen Bauarbeiterorganisationen; auch dieses Jahr ist die Bauarbeiterbewegung einmütig unter christlicher Mitwirkung des christlichen Bauarbeiterverbandes durchgeführt worden. Bei dem mehrere Monate umfassenden Kampf im Malergewerbe, der die letzten Wochen beendet wurde, hat der christliche Malerverband treu durchgehalten und an der Durchführung der Pläne der Arbeitgeber reichlich mitgewirkt. Die Tarifbewegungen im Holzgewerbe werden schon seit Jahren zwischen den verschiedenen Arbeiterverbänden gemeinsam geführt, ohne daß größere

Differenzen dabei hervorgetreten sind. Wenn dagegen im Ruhrbergbau und in der Kreideler Saht- und Seidenindustrie bei Bewegungen es schon mehrfach zu größeren Zermürbungen unter den beteiligten Arbeiterorganisationen gekommen ist, so sind die wahren Ursachen dafür im sozialdemokratischen Lager zu suchen.

Die christlichen Gewerkschaften sind nicht willens, die Arbeiter schloßlos den Unternehmern zu überantworten, wie ihnen das die sozialdemokratische Agitation unheimlich unterstellt. Weshalb lägen sie denn mit den katholischen Fachabteilungen in der Hauptfrage seit zwölf Jahren im heftigen Kampf? Doch nicht in erster Linie deshalb, weil die katholischen Fachabteilungen sich auf die konfessionelle Organisationsform kaprizieren, als vielmehr deswegen, weil die konfessionelle Zersplitterung auf gewerkschaftlichem Gebiete eine weitere, nicht hinreichend begründete Schwächung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterkraft bedeutet und weil das „Berliner“ Gewerkschafts- und Wirtschaftssystem die Arbeiter zur völligen Schmachtheit verurteilt gegenüber kapitalistischer und sozial rücksichtsloser Unternehmern. Auch die scharfe Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den „Gelben“ wäre sinnlos, wenn sie vorhätten, sich mit den Vertretern der letzteren zu identifizieren. In einer Zeit, in der die Unternehmerrorganisationen in der Tat in einer einseitigen Zentralfülle zusammengefaßt werden, in der mit den erdenklichsten Mitteln (Weinflussung und Terrorisierung der Presse, Ansturm gegen die Lehrfreiheit der Hochschulen und Schaffung von den Unternehmern günstig gestimmten Professuren usw.) gegen jede ernsthafte Arbeiterbewegung Sturm gelaufen wird, sollte man meinen, daß die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen sich vor dringlicheren Aufgaben gestellt sähen, als die Anzettelung von Kämpfen, mit denen man in erster Linie glaubt, eine unbecommene Arbeiterorganisation schädigen zu können.

Unsere Aufgabe ist es, immerfort für die Stärkung unserer Bewegung tätig zu sein und nicht zu ruhen und zu rasten, bis wir alle christlich gestimmten Kollegen und Kolleginnen für den christlichen Gewerkschaftsgedanken begeistert haben.

Heberklügliche Polemik.

Zwei Spalten widmet die Wuch.-Ztg. unserem Bericht über die Konstanzer Versammlung, in der Herr Pfäffe-Gemüß u. a. bewiesen wollte, wie überflüssig unser Verband sei. Wir hatten am Schlusse unseres Berichtes betont, daß unsere Kollegen immer und überall, das was an unserem Gegner gut ist, anerkennen, aber das, was ihn zu unserem Gegner macht, konsequent und rücksichtslos bekämpfen sollen.

In diesem Sinne haben unsere Kollegen auch dem Herrn Pfäffe gegenüber gehandelt. In Freiburg, wo er sich auf vernünftige Darlegungen über die Verhältnisse in der Sache beschränkte, konnten sich unsere Kollegen mit seinen Ausführungen einverstanden erklären. In Konstanz, wo er sich weiter vorwagte, nachdem unser Kollege Giering seinen Hebertritt in unseren Verband begründet hatte, mußte ihm entsprechend die Meinung gesagt werden. Hätte die Zeitung des Wuch.-Verbandes den Mut, offen und ehrlich überall zu bekennen, daß der Verband sozialdemokratischen Tendenzen halbtzig, daß demnach ein wirklich noch christlich gesinnter Mensch, der mit seiner Kirche im Einklang befindet, entweder ein Einfallspinsel oder ein bewußter Verräter seiner eigenen Sache ist, wenn er einen Zweig der materialistischen, sozialdemokratischen Bewegung mit seinem Geiste unterstüzt, dann wären Diskussionen, wie sie in Konstanz geführt werden mußten und anderorts schon geführt wurden, überflüssig. Wer uns aber zumutet, wir sollten uns von irgendwelchen sozialdemokratischen Raufschekeln vorwindeln lassen, daß der W.-V. neutral ist und daß wir deshalb dort mitlaufen könnten, der mag sich nicht aufregen, wenn wir ihm gründlich heimleuchten.

Der Schwindel, daß in der W.-Ztg. jeder Kollege seine von sozialdemokratischen Ansichten abweichende Meinung jederzeit ungehindert vertreten könnte, ist zu klump, als daß noch jemand, der einigermaßen orientiert ist, darauf hereinfallen könnte. Es ist schade um jedes Wort, das man darüber verlieren muß.

In der Adolf Müller-Angelegenheit scheint die W.-Ztg. nun genug blamiert zu sein, denn sie weiß auf ihre Feindlichkeiten kein Wort mehr zu erwidern. Wie aber Adolf Müller und anderen Leuten zu zeigen, wie das Verhältnis der Gewerkschaften zur Kirche ist, läßt die Redaktion nun Herrn Dr. August Erdmann, Mitglied der roten Reichstagsfraktion und Verfasser „wissenschaftlicher“ Abhandlungen über die „christliche Gewerkschaftsbewegung“ zu Worte kommen. Herr Erdmanns Broschüre: Die Schwarzwalden, die er nun in der W.-Ztg. veröffentlicht hat, kann, mit nichten.

6. ordentlicher Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine.

In der mächtig ausföhlenden Industrie- und Handelsstadt Duisburg hielt im Tage vom 12.-14. Juli der Verband westdeutscher Konsumvereine seinen 6. ordentlichen Genossenschaftstag ab. Derselbe wurde am Sonntag mit einem Begrüßungsabend eingeleitet, den die Konsumvereine Duisburg-Ruhrort und Duisburg-Weidrich für die Verbandsdelegationen veranstalteten und der einen sehr schönen Verlauf nahm.

Am Sonntag, kurz nach 10 Uhr begann die Verhandlungen im großen Saale der „Städtischen Tonhalle“. Nach verschiedenen Begrüßungsreden gab der Verbandsvorsitzende Schlad den Jahresbericht. Derselben ist zu entnehmen:

Dem Verbands gehören am 1. Januar 1912 103 Vereine an. Im Laufe des Jahres traten 36 bei, wach insgesamt 139. Es schieden aus insgesamt 6 Vereine.

Die Zahl der Verbandsvereine angeschlossenen Mitglieder betrug am 1. Januar 1912 76.002 und am 31. Dez. 1912 97.606, also ein Mehr von 21.604, gleich 28,4 Prozent.

Der Umsatz

im eigenen Geschäft betrug im Jahre 1911 23.329.066 Mark, dagegen im Jahre 1912 32.183.792,03 oder 37,8 Prozent. Der Umsatz im Lieferantengeschäft stieg nur um 12,8 Prozent, eine Steigerung, die in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurückgehen wird, da das Lieferantengeschäft von den Konsumvereinen nur als notwendiges Übel betrachtet wird. Hoffentlich wird sich im Laufe der nächsten Zeit ein Weg finden, der den Vereinen ermöglicht, dasselbe ganz aufzugeben. Der Umsatz des Jahres 1911 betrug 4.773.911 und im Jahre 1912 4.256.077,35 also mehr Mark 482.186,35.

Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 Mark 27.103.877, dagegen 1912 Mark 36.439.835,38. Der Mehrumsatz erreicht also die respektable Höhe von Mark 9.335.958,38, gleich 34,4 Prozent. Mit dieser Entwicklung darf unser Verband zufrieden sein. In dem Umsatze ist wie im Vorjahre auch derjenige der Groß-Einkaufszentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbands gehört.

Eigenproduktion betrieben fünf Vereine. 3 besäßen Bäckereien, 2 Metzgereien, 2 Verbandsgenossenschaften sind reine Produktionsgenossenschaften. 1 Verein betreibt Druckerei und 1 Genossenschaft Zigarrenfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe betrug 1.892.842,72 Mark. Dieser Betrag erhebt sich um Gesamtumsatz noch recht bescheiden, doch dürfte sich im laufenden Jahre dieses Verhältnis wesentlich ändern, da in der Eigenproduktion erhebliche Fortschritte von unsern Verbandsvereinen gemacht werden. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Heberfuß der Verbandsvereine erreichte die Höhe von 943.391 Mark. Hieron wurden 678.780 Mark auf den Einkauf den Mitgliedern zurückvergolten. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von 1.679.203,57 Mark. Die gesamte Rückvergütung betrug demnach 2.357.984 Mark.

Das Organ „Der Konsumverein“ wurde am 1. Jan. 1913 in 33.271 Exemplaren bezogen, welche Zahl sich mittlerweile auf 42.336 erhöht hat. Die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“, unser Hauptorgan, hat eine Auflage von 1460 am 31. Dezember 1912. Auch diese Zahl ist mittlerweile auf 1609 gestiegen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Groß-Einkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine gegründet. Derselbe nahm mit dem 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Während der Monat Juli einen Umsatz von Mark 309.826 verzeichnete, wurden im Dezember schon Mark 679.836 erreicht. Der Gesamtumsatz in den 6 Monaten betrug Mark 3.185.828, ein guter Anfang, der, wenn unsere Vereine ihrer eigenen Sache treu bleiben, zu den besten Hoffnungen in der Zukunft berechtigt.

Man sieht, daß sich der Verband in erfreulicher Aufwärtseentwicklung

befindet. Den Delegierten liegt ein Antrag vor, wonach das Tätigkeitsgebiet über ganz Deutschland ausgedehnt werden soll. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Der Verband westdeutscher Konsumvereine erweitert seinen Bezirk auf das Gebiet des deutschen Reiches. Zum Zwecke der gewissenhaften Durchführung der dem Verbande gestellten Aufgaben wird das Verbandsgebiet in Revisionbezirke eingeteilt, an deren Spitze ein Bezirksvorstand steht. In den Revisionbezirken werden nach Bedürfnis Sekretariate errichtet und Revisoren angestellt, die dem Verbandsvorstand unterstellt sind.“ Nach einer eingehenden Diskussion wurde der Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben und ferner bestimmt, daß der Verband in Zukunft den Titel trägt: „Reichsverband deutscher Konsumvereine“.

Neber den Internationalen Genossenschaftsbund referierte Geschäftsführer Biffels-Essen. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, worin die großzügige weltumfassende Bewegung zur Verbreitung bewährter Konsumgenossenschaftlicher Grundzüge und Ideen durch die internationale Genossenschaftsbund anerkannt wird. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, die Frage der Mitgliedschaft der angeschlossenen Vereine zum Internationalen Bund bis zum nächsten Genossenschaftstag zu regeln. Es folgte dann ein Referat über genossenschaftliche Bildungsbedingungen von Verbandsdirektor Schlad. Das Resultat des Vortrages und der nachfolgenden Aussprache wurde in folgender einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt: „Der sechste Genossenschaftstag beschließt zwecks Veranlassung von Genossenschaftskursen einen Bildungsfonds zu gründen, aus welchem die Kosten derselben bestritten werden sollen. Der Fonds soll aus freiwilligen Beiträgen der Verbandsvereine gebildet werden. Der sechste Genossenschaftstag erteilt deshalb die Ver-

bandsvereine dringend, aus den jährlichen Heberbüchsen einen entsprechenden Betrag dem Bildungsfonds zu überweisen.“

Den Beschluß der Verhandlungen bildete ein Referat des Verbandsdirektor Kraum über die Organisation des Versicherungswesens innerhalb des Verbandes, wozu folgender Beschluß gefaßt wurde: „Der 6. ordentliche Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine betont die Notwendigkeit der gemeinnützigen Umgestaltung des gesamten Versicherungsverfahrens und begrüßt die von der Verbandsleitung getroffenen Maßnahmen. Zum Zwecke der erfolgreichen Durchführung der von der Verbandsleitung eingeleiteten allgemeinen Volks-, Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung verpflichten sich die angeschlossenen Vereine, unverzüglich Vertrauensleute zu gewinnen, denen die Werbung und das Infotrio zu übertragen ist. Die auswesenden Vertreter geben der Heberzeugung Ausdruck, daß es im Interesse der Einzelmitglieder wie der Gesamtbewegung liegt, wenn in eine sofortige intensive Agitation für das Versicherungsverfahren des Verbandes eingetreten wird.“

Die durch die Erweiterung des Verbandsgebietes notwendig gewordenen Änderungen der Satzungen des Verbandes wurden gemäß dem Vorschlage des Vorstandes genehmigt. Sodann wurden die auswesenden Auswärt- und Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. In den Vorstand neugewählt wurden Herr Winter vom Konsumverein „Eintracht“ in Wülheim a. Rh. und Herr Golle von Lippstadt. Die Festsetzung des Tages des nächsten Verbandstages wurde dem Vorstand überlassen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende dankte in seinem Schlußworte der Stadt Duisburg für das bei der Heberlassung des Tagungslokales gezeigte Entgegenkommen. Dann würdigte er die bedeutsamen Beschlüsse dieser Tagung und schloß mit einem begeisterten Appell zu weiterer intensiver Arbeit für die Konsumvereinsache.

Achtung!

Die bevorstehenden Krankentassenwahlen!

Kunmehr besteht über den Termin der demnächst stattfindenden sozialen Wahlen nach der neuen Reichsversicherungsordnung volle Klarheit. Der Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem Datum des 19. Juni 1913 an die Oberversicherungsämter Anweisung ergeben lassen, daß die Wahlen zu den Ausschüssen früher Generalversammlung der neu zu errichtenden bzw. auszugestalteten Allgemeinen Krankentassen, ebenso auch die zu den neu errichteten Betriebs- und Innungs-Krankentassen, so schnell als möglich auszuführen sind und stattzufinden haben. Eine Anzahl von Versicherungsämtern bzw. Krankentassen haben denn auch bereits die Wahlen zu den Ausschüssen für Ende August oder Anfangs September öffentlich ausgeschrieben.

Die Wahlen zu den Vorständen der beizubehaltenden Krankentassen erfolgen laut einer Verfügung desselben Ministers vom 26. April 1913 bereits in der ersten Hälfte des November. Die Wahlen der Vorstände zu den Krankentassen in der zweiten Hälfte des November und die Wahlen der Vorstände zu den Oberversicherungsämtern finden im Dezember dieses Jahres statt.

Für unsere Funktionäre und Kartellvorstände ergeben sich nun zunächst folgende dringende Aufgaben:

1. Auf dafür sorgen, daß den Personen, welche neu der Krankenversicherung unterstellt werden, (Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, Dienstmädchen, die unabhängigen Arbeiter, die im Handgewerbe Beschäftigten und die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter) rechtzeitig die von den örtlichen Behörden vorgeschriebenen Wahllegitimationen besorgt werden. Diese Arbeit müssen die Funktionäre und Kartellvorstände auf sich nehmen; sie treten dabei am besten mit den im Bezirke verbleibenden konfessionellen Vereinen, bzw. mit den Präziden und Vorständen derselben in Verbindung, zwecks gemeinsamer Arbeit. Die örtlichen Vorschriften bezüglich der Wahllegitimationen sind genau zu beachten.
2. Mit unbedingt Sorge zu fragen, daß die Wahlvorschlüge (Kandidatenlisten) rechtzeitig der Behörde eingereicht werden. Hierbei sind die örtlichen Bestimmungen, bis zu welchem Termin die Listen einzureichen sind, die Zahl der Unterschriften, die Anzahl der Kandidaten, genau zu befolgen. Für jeden Kandidaten sind sofort 2 Erfahrmänner zu bestimmen.
3. Die Kollegen müssen scharf die sonstigen Wahlvorschriften befolgen, z. B. ob nach „strenge gebundenen Listen“ oder einfach gebundenen Listen bzw. nach „freien Listen“ gewählt wird und ihre Maßnahmen danach treffen. (Siehe „Wegweiser für die Arbeiterversicherungs-wahlen“, Christl. Genossenschaftsverlag-Göln.)
4. Als Kandidaten für die Ausschüsse und Vorstände der Krankentassen wähle man die fähigsten Kollegen aus; die bereits in solchen Dingen Erfahrenen ziehe man zu allererst heran. Die Ausschüsse und Vorstände der Krankentassen bilden das Fundament der Sozialversicherung.
5. Besonderen Wert ist auch auf die Werbung der Ausschüsse und Vorstände der neuen Betriebs- und Innungs-Krankentassen zu legen. Darum ist eine genaue Untersuchung, in welchen Krankentassen unsere christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen, unumgänglich nötig.
6. In den Krankentassen, wo viele Frauen und Mädchen verifiziert sind, nehme man auch Kandidatinnen auf die Vorkandidatliste, es kann dieses nach jeder Richtung hin nur von Vorteil sein.
7. Heber die Verteilung und Aufbringung der Wahlkosten ist unbedingt vorher eine Einigung zu schaffen. An den einzelnen Orten haben Kartelle bzw. die Wahlleiter unbedingt eine Liste der gemählten Ausschuss- und

Vorstandsmitglieder anzufragen. Es sind solche Listen auch den Kartellen bereits überliefert.

Und auch Kollegen vorwärts zum Siege! Da wir die Verhältnisse kennen, müssen wir alles in die Hand nehmen, um unseren Kollegen sowohl in den Ausschüssen, wie auch in den Vorständen zur Geltung kommen.

Auf Grund des Artikel 100 des Einführungsgebietes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat folgendes bestimmt:

1. Bei neuerrichteten allgemeinen Erstraftentlassen stellt für die ersten Wahlen der Vertreter im Ausschuss das Versicherungsausschussamt Wahlberechtigten, darunter die Arbeitgeber und die Versicherenden, auch dann auf, wenn die Wahlordnung die Aufstellung solcher Listen vorsieht. In der Wahlkarte für die Arbeitgeber ist auch die Zahl der den einzelnen Wahlberechtigten nach der Zahlung zukommenden Stimmen zu vermerken.

2. Das Versicherungsausschussamt fordert die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung auf, sich zur Eintragung in diese Wahlkarte zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt, auch wenn die Wahlordnung sie vorsieht.

3. Soweit sich Wahlberechtigte nicht rechtzeitig gemeldet haben, kann die Wahl nicht aus dem Grunde angefochten werden, daß diese Personen nicht in die Wahlkarte aufgenommen sind.

4. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann das Nähere bestimmen. Sie kann insbesondere bestimmen, wem die Wahlberechtigte, die nicht in die Wahlkarte eingetragen sind, gleichwohl bei gebräuchlichem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

5. Die vorstehenden Anordnungen gelten auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung einbezogenen Mitglieder der nach Artikel 15 des Einführungsgebietes zur Reichsversicherungsordnung ausgetretenen allgemeinen Erstraftentlassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann Abänderungen anordnen oder zulassen.

1. Soweit bei neuerrichteten allgemeinen Erstraftentlassen die Vertreter im Ausschuss oder die Mitglieder oder der Vorsitzende des Vorstandes am 1. Oktober 1913 noch nicht gewählt sind, nimmt das Versicherungsausschussamt ihre Geschäfte selbst oder durch Bevollmächtigte bis zum Zustandekommen der Wahl wahr.

2. Verträge, die das Versicherungsausschussamt oder seine Bevollmächtigte für diese Klassen mit deren Angehörigen sowie mit Ärzten, Zahnärzten und -schneidern, Krankenhäusern, Apotheken und dergleichen abschließen, kann der erwähnte Kassenvorstand, sofern der Vertrag seinen früheren Termin vorsieht, mit dreimonatiger Frist am 1. Oktober 1913 kündigen. Ein späterer Kündigungstermin soll nur im Notfall vereinbart werden; seine Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Oberverwaltungsamtes.

3. Bei Streit zwischen den Kassenträgern und dem Versicherungsausschussamt oder seinen Bevollmächtigten über diese Geschäftsführung entscheidet das Oberverwaltungsamt (Beschlußkommission); endgültig.

4. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann das Nähere bestimmen.

1. Alle in der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen entfallenden Kosten trägt die Krankenkasse.

2. Bei Streit legt das Oberverwaltungsamt (Beschlußkommission) die Kosten endgültig fest. Berlin, den 11. Juli 1913.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, gen. Deßbrun.

Gewerkschaftliches.

Zur Textilarbeiter-Aussperrung in Böhlen i. W.

Der große Kampf in der Böhler Textilindustrie mit einer Beteiligung von 60 Firmen und 6500 Arbeitern wird voraussichtlich noch längere Zeit weitergehen, da die Fabrikanten-Vereinigung alle Brücken zu einer Verständigung abgebrochen hat. Die Differenzen hatten ihren Ursprung in der Lohnfrage. Die Löhne in der Böhler Textilindustrie sind mäßig hoch, sie betragen durchschnittlich M. 850 pro Jahr. In den letzten Jahren der empfindlichen Verteuerung der Lebensbedingungen sind nur in einzelnen Fällen Erhöhungen vorgekommen worden.

Nach dem Bericht der ministeriellen Gewerbeinspektion haben die Lohnverhöhungen mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht gleichen Schritt gehalten. Unter diesen Verhältnissen entstand eine Lohnbewegung, die von Arbeiterseite ausging. Die Verhandlungen zogen sich resultatlos Monate hindurch in die Länge und als infolge dieser Verzögerung die Arbeiterseite eines Betriebes die Kündigung einreichte, beantwortete die Fabrikanten-Vereinigung diese Maßnahme sofort mit der Generalaussperrung aller Arbeiter. Verhandlungen, die in letzter Stunde durch Vermittlung des Königl. Regierungs- und Gewerberatens (Münster) geblieben wurden, blieben erfolglos, da die Fabrikanten-Vereinigung lediglich eine „Regulierung“ der Löhne, keineswegs aber eine greifbare Erhöhung in Aussicht stellte. In zahlreichen Nebenfragen (Einführung der 10-stündigen Arbeitszeit und einer einheitlichen Lohnberechnungsmethode, Bezahlung von Überstunden, Vergütung bei Warten auf Material etc.) war allerdings eine Verständigung erzielt worden. Da die Lohnfrage aber den Kern der Differenzen bildete, wurde die Aussperrung verhängt.

Rundschau.

Schneidproduktion und Verbrauch von Papier in den wichtigsten Ländern Europas.

Welchen Umfang die deutsche Papierproduktion hat, zeigt schon ein Blick auf die Zahlen der amtlichen Er-

hebung von 1897. Damals wurden an Rohstoffen verwendet 180 000 To. Lumpen, 83 000 To. Papierabfälle, 200 000 To. Holzschliff und 215 000 To. Zellulose. Zur Gewinnung der beiden letzteren wurden 98 000 To. Stroh und etwa 900 000 To. Holz verwendet. Etwa fünf Sechtel hiervon lieferte der deutsche Wald, während ein Sechstel eingeführt wurde. Von der deutschen Produktion von 1897 wurden verbraucht für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher 344 000 To. (43 Prozent), von der Industrie 40 000 To. (10 Prozent), von Schulen und wissenschaftlichen Anstalten 70 000 To. (8,7 Prozent), von Behörden, Kirchen, Gemeinden 70 000 To. (8,7 Prozent), vom Post und Privatverkehr 60 000 To. (7,5 Prozent) und zur Ausgabe 93 000 To. (12 Prozent).

Nach Deutschland folgt in der europäischen Papierproduktion England an zweiter Stelle, gefolgt von Frankreich und Österreich-Ungarn, Russland und Italien. Hierauf folgen Belgien, Spanien und die Schweiz, welche letztere immerhin noch einen jährlichen Papierverbrauch von 15 kg. pro Kopf der Bevölkerung aufweist.

Aus den Jahrestellen.

Kaunas. Eine am Montag, den 13. Juli 1913 im Albertshof stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit den Beschlüssen unserer diesjährigen Generalversammlung. Unser Vorsitzender, Adolf Schneider, gab einen kurzen Rückblick über die geleistete Arbeit der Verbands-Generalversammlung und erwähnte, daß wir vor allen Dingen beitreten sein müßten, die Beschlüsse, die dortselbst gefaßt worden seien, einzuhalten. Arbeitsekretär Schrag führte anschließend an die Worte des Vorsitzenden aus, daß Beitragsverhöhungen vor allen Dingen dazu dienen müßten, die Anzahl der Mitglieder zu vermindern, damit dieselbe auch jederzeit angehört die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen in der Lage ist. Eine frühere Auffassung seitens der Mitglieder wäre es, bloß zu fragen, was bekomme ich bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit; es gelte vor allem zu fragen: was ist notwendig, um unsere Organisation so zu gestalten, daß sie jederzeit auch den Aufgaben gewachsen ist, die in erster Linie in Betracht kommen: die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Gerade der graphische Verband viele seinen Mitgliedern betr. des Unterstützungswesens sehr viel und habe es die Verbands-Generalversammlung als ihre Aufgabe betrachtet, die Kassenerhältnisse möglichst gut zu fundieren. Von diesem Gedanken ausgehend, müßte es auch seinem Mitglied schwer fallen, die 5 Pfennig mehr an Beitrag zu leisten. Auch würde der Beitritt in eine neuere Klasse, den einzelne Mitglieder glauben befeuert werden zu müssen, nur Nachteile für das Mitglied selbst bringen. In der Diskussion sprach vor allem ein Kollege sich dahingehend aus, daß wir mehr Aufmerksamkeit unter den Kollegen und Kolleginnen betreiben müßten, denn nach den gebräuchlichen Ausführungen des H. Schrag könne man nur befeuert werden, die 40 Pfennig-Klasse zu zahlen. Die Versammlungsteilnehmer sprachen sich alle dahingehend aus, in diesem Sinne bei den Kollegen und Kolleginnen zu wirken. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die recht anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Konstanz. In einem langen Artikel der Buch- u. Dr. Nr. 30 sucht der Schreiber unserer Jahressitzung des Graph. Zentralverbandes gegenstandslos zu machen. Hauptächlich führt er sich geringen, uns der Lüge zu beizugehen durch den Satz: „Und schließlich können die Priester in Christo, daß sich die Balten biegen.“ Aber sehr verächtlich wachsenden Herr, da muß man schon verlangen, daß Sie auch in andere sind, uns eine Lüge nachzuweisen. Sie schreiben selbst, daß von unserer Seite das Referat des Herrn Flüge als sachlich bezeichnet wurde, das wird auch heute noch von uns anerkannt. Nur müßten sie nicht verlangen, daß, wenn der Referent die Christlichen Gewerkschaften als eine schwache, nichts leistende Bewegung von der Ihren abhebt, wir dazu nicht ja und Amen sagen, sondern uns verpflichtet fühlen, unsere Kämpfe und Erfolge dem Gegner vorzuhalten, sowie die Scheidungslinie, welche uns trennt, frisch und markant zu ziehen. Daß in Konstanz die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so erbärmlich schlecht sind, ist auch ein wenig übertrieben; aber wollte man uns auch dafür verantwortlich machen, wenn es so wäre? Den egoistischen Standpunkt welchen wir einnehmen sollen, mögen Sie doch auch öffentlich beweisen, denn wir müßten dem Schreiber erwidern, daß er nur Lust hat gegen uns einen Verleumdungsplan ohne jede Grundlage zu konstruieren. Wir könnten ihm das Gegenteil beweisen, und bitten den Schreiber, seine Kollegen zu fragen, welche mit Christlichen zusammen arbeiten. Besonders bezeichnend muß man es nennen, wenn es heißt „da fanden die Christlichen kein Wort der Abwehr, trotz wiederholter Mahnung.“ Entweder war der Artikel nicht in der betr. Versammlung, oder es ist ihm nur darum zu tun, die Unwissenheit in die Welt zu setzen; aufgefordert wurden wir überhaupt nicht, dazu Stellung zu nehmen, im Gegenteil, denn als Gering sah, daß Flüge auf diesen abhernen Terrorismusfabrikanten reagierte, ging er nach der Rede des Referenten an den Vorstandstisch und eruchte kurz um's Wort, um die Sache aufzuklären. „Nein, gibst nicht“ war die Antwort. Den Satz: „Der Terrorismus sei der Selbsterhaltungstrieb der freien Gewerkschaften“ wurde nicht von uns geprägt, sondern von einem ihrer Brüder, und noch besonders von einem ihrer Führer unterstrichen. Es war auch gut und dorkichtig von ihnen, daß die Sache der Versammlung nicht aufklärer wurde, sonst hätten die Herren noch eine Schicht tiefer im Reim. Den Standpunkt, welchen die Buch- u. Dr. einnimmt, sowie die Mehrzahl der Mitglieder des Buchbinder-Verbandes kennen wir, haben es auch trotz Anstempeln wahrnehmen müssen, daß es bei ihnen heißt, wir sind die „Reherren“. Wir müßten nur sehen, wie es einem erginge, der im Gau des Herrn

Flüge gegen die Buchbinder-Zeitung und die Ansichten der Gewerkschaft Stellung nehmen würde. Daß unser Kollege, Wing ihnen nichts Neues sagte, finden sie noch zu bemerken, dann hätten sie auch das von ihm vorgebrachte Material weiterlegen müssen, und nicht heftend auf das Material weisen, welches sie leider zu Hause liegen ließen. Wenn sie ihre Toleranz herbeiziehen, so wollen wir ihnen zustimmen, daß wir in dieser Hinsicht mindestens ebenso entgegenkommend sind. Die schönen Erfolge betr. Aufnahme neuer Mitglieder können wir ihnen, vorausgesetzt, daß es auch wahr ist! Dann sollten sie aber nicht so „aufsteig“ sein und den Männern der Frauen, welche bei uns kein Mitglied sind, auf wenig fluge Art beibringen wollen, diese mit Gewalt aus unseren Reihen zu drängen. T hieße Einfalt! „Lange Dresden hat uns in das noch schwärzere Derg getroffen, und deshalb wollten wir ausweichen.“ Mein lieber Schreiber, so ist die Sache nicht. Sie haben doch gesehen, ob Ihrem Vorwurf nehmen alle wie ein Mann ihre Plätze ein. Auch mit Herrn Lauge-Dresden hätten wir recht gerne bet. seinen Ausführungen die Hände gekreuzt. Sie können doch nicht beweisen, daß wir uns zu Wutausbrüchen hinreißen ließen, denn wir spüren bis heute gegen Sie nicht von Wut.

Wir gestatten Ihnen, in der Weise wie Sie es tun, gegen uns weiter zu schimpfen und mit der Ihnen eigenen Wahrheitsliebe noch mehr Sprünge zu machen.

Adressenänderung.

Münster i. W. Kassierer und Unterstüßungsassistent Heinrich Schollid, Sassenstraße 43.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Nachh. Jeden 2. Samstag im Monat im Restaurant Altköhen-Abalberstammweg 154, Ede Vittoriastraße.
- Augsburg. Jeden 2. Samstag im Monat im Gewerkschaftslokal „Schützenhalle“ Wintergasse 12.
- Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Rest. Wilms, Ludwigstr. 81 in Eberfeld und im Rest. Lindermann Oberbörnerstr. 16 in Barmen.
- Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, Stralauerstr. 53 (Gärtnerheim) pünktlich 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Bielefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im Griffl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfangs 8 Uhr.
- Bonn. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant Abig, Bonngasse 4.
- Dresden (Ostb.). Jeden 1. Samstag nach dem 15. eines jeden Monats findet im Gasthof „Neue Post“ unsere Versammlung statt.
- Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum schwarzen Eck“ (Karl Köhner.)
- Duisburg. Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant Coris, Friedr. Wilh.-Platz, Ede Sonnenwall.
- Düsseldorf. Nächste Versammlung am 9. August.
- Essen. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Restaurant Karl Wofen, Alfretdiplas.
- Friedburg. Samstag, den 9. August im Verehrtslokal Brauerei Gaunter, Schiffstr.
- Friedrich. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im Griffl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.
- Gagen. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Eckhoff, Römerstr. 19.
- Hamburg. Nächste Versammlung am 3. August in Hagelheins Gesellschaftshaus, Schlachterstr. 48/49.
- Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
- Kreuzler. Nächste Versammlung am 9. August.
- Köln. Am 3. August im Dredel mit Vortrag.
- Münster. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Schomberggarten, Schombergstr. (5 Minuten vom Bahnhof).
- W. Gladbach. Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Lambert Steppgasse 1/9 Uhr.
- W. Gladbach-Höft. Jeden 2. Samstag im Monat Mitgliederversammlung beim Wirt Peter Dreßgen. Um vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.
- Münster. Samstag, den 16. August bei Tillmann Abnigstraße, Vollständiges Erscheinen Champfist.
- Nürnberg. Jeden 3. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung im Restaurant Kaufertor.
- Paderborn. Jeden 2. Dienstag im Monat im Pilsbause.
- Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobinerstraße.
- Stuttgart. Am 1. Montag jeden Monats, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Christophstraße Nr. 11.
- Wuppertal. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Scholl, Sandgasse.

Unserem werten Kollegen

Peter Peters

und seiner lieben Braut die besten Wünsche zur Vermählung

Zahlecke Kreier.

Zahlecke Berlin.

In der nächsten Versammlung am Donnerstag, den 7. August, pünktlich um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr (Stralauerstraße 53, Gärtnerheim) spricht Sekretär Max Niede vom Verband christlicher Maler über:

„Larise und Larisbewegung“

und Kollege Wagner-Pantow über:

Die Deutsche Volksversicherung A. G.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist dringend erforderlich. Mitgliedsbücher und Karten mitbringen. Der Vorstand

Verantwortlich: L. Schimayr, Köln, Venloerwall 2. Druck: Köln-Christlicher Handelsdruckerei, Marzell.